

POLITIK

Deutschland drohen neue Sammelklagen

Holocaust-Überlebende dringen auf rückwirkende Zahlung von Getto-Renten

■ Sozialausschuss des Bundestags berät über Novellierung des entsprechenden Gesetzes

KRISTIAN FRIGELJ

Uri Chanoch hat eine Stellungnahme an den Bundestag geschickt, die den Abgeordneten deutlich macht, welche historische Tragweite ihre Arbeit besitzt. Der 84-Jährige hat mit seinem Bruder den Holocaust überlebt und beschreibt seinen Leidensweg in einer Passage. 1941 wurde er ins Getto Kauna und später über das Konzentrationslager Stutthof ins Außenlager Landsberg/Lech deportiert. Mutter, Vater, Schwester und Großeltern wurden in den Konzentrationslagern Auschwitz und Stutthof von den Nationalsozialisten ermordet.

Heute ist Chanoch der Vizevorsitzende des Center of Organization of Holocaust Survivors in Israel und mit seiner Stellungnahme richtet er ein wichtiges Anliegen an den Arbeits- und Sozialausschuss: „Für mich und jeden Gettoüberlebenden bedeutet die Anerkennung der Arbeitsleistung im Getto, dass endlich auch dieser Teil der Geschichte zur Kenntnis genommen und entschädigungsrechtlich beziehungsweise sozialrechtlich berücksichtigt wird.“ Das Getto-Gesetz sei ein „wesentlicher Schritt“ zur Aufarbeitung der Naziverbrechen: „Erst durch eine Rentennachzahlung ab 1997 für alle überlebenden ehemaligen Gettoarbeiter wäre die ursprüngliche und klare Intention des Gesetzgebers letztlich verwirklicht.“

„Die Kläger wurden systematisch benachteiligt“

Stephan Lehnstaedt, Historiker

Wenn die Abgeordneten heute im Ausschuss zu einer Anhörung zusammenkommen, stehen sie vor einer Aufgabe mit internationalen Auswirkungen. SPD, Grüne und Linkspartei haben Anträge eingebracht, um das Getto-Gesetz zu novellieren. Die Abkürzung ZRBG steht für Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Getto. Darin ist eine rückwirkende Zahlung ab 1997 vorgesehen, doch die Deutsche Rentenversicherung beauftragt sich auf sozialrechtliche Regelungen und zahlt teils erst ab 2005 aus. Das Bundessozialgericht in Kassel hat im Februar 2012 die Rentenversicherung bestätigt.

SPD, Grüne und Linke wollen gesetzgerichtlich die rückwirkende Zahlung ab 1997 ermöglichen, damit die Antragsteller das erhalten, was ihnen nach dem ZRBG zusteht. Der Druck auf die Abgeordneten ist immens, denn die betagten Antragsteller verlangen nach zermürbenden Prozessen eine rasche Korrektur des Getto-Gesetzes. Viele Antragsteller sind inzwischen gestorben. In den Vereinigten Staaten erwägen Holocaust-Opfer einen drastischen Schritt, sollte es Verzögerungen geben. „Ich bereite eine Klage vor gegen die Deutsche Rentenversicherung vor US-Gerichten“,

erklärt die Berliner Rechtsanwältin Simona Reppenhausen der „Welt“.

Sie steht in Kontakt mit Kollegen aus New York und macht eine Klageerhebung vom Verlauf des Gesetzesverfahrens abhängig. Sie mahnt an, dass eine Novellierung vor der Bundestagswahl 2013 erfolgen müsse. Sollte die Klage in den USA zugelassen werden, wäre dies international ein Ansehensverlust für die Bundesrepublik; es würde über den Willen zur Wiedergutmachung diskutiert und darüber, ob deutsche Getto-Renten-Verfahren fair abgelaufen sind.

Reppenhausen betreut rund 3000 Mandanten in Getto-Renten-Verfahren und kritisiert seit Jahren, dass die Deutsche Rentenversicherung und die Rechtsprechung eine rasche Anerkennung verhierten. Im Rückblick offenbart sich, wie schleppend sich über Jahrzehnte die juristische Grundfrage verbesserte. Das Bundessozialgericht in Kassel hatte 1997 in einem Grundsatzurteil zum Getto-Lodz anerkannt, dass Gettoarbeit nicht nur Zwangsarbeit war, sondern dass es dort freiwillige, entlohnte Beschäftigung gab, die zu Rentenansprüchen führte.

Der Bundesgesetzgeber verankerte 2002 mit dem ZRBG einen gesetzlichen Rentenanspruch für freiwillige Arbeit im Getto, ohne aber den Begriff „Entgelt“ zu definieren. Die Sozialgerichte entschieden bis 2009 überwiegend gegen die Betroffenen, ohne sie persönlich anzuhören. In einem Grundsatzurteil klärte das Bundessozialgericht 2009 den Entgelt-Begriff und erkannte an, dass auch Lebensmittel darunterfielen.

Vor allem die Rentenversicherung wird mit erheblicher Kritik konfrontiert. In Stellungnahmen der eingeladenen Sachverständigen im Ausschuss wird auf Versäumnisse und Mängel bei der Bearbeitung der Getto-Renten-Anträge hingewiesen. „Diese Fehler wären bei sorgfältigem Vorgehen der Rentenversicherungsträger zu vermeiden gewesen – insbesondere durch persönliche Anhörung der Betroffenen und eigene historische Ermittlungen der DRV. Eben hierzu waren die Rententräger auch rechtlich verpflichtet“, erklärt Jan-Robert von Renesse, Richter am Landessozialgericht Essen. Er hat sich um Gutachten zu Arbeitsverhältnissen in Gettos und um Anhörungen bemüht. Das war eine Seltenheit: Allein in Nordrhein-Westfalen wurden in rund 10.000 Gerichtsverfahren 150 Antragsteller persönlich angehört.

Der Historiker Stephan Lehnstaedt hat die Arbeitssituation in Gettos untersucht und verstärkt als Sachverständiger diese Kritik. Rentenversicherer und Sozialgerichte hätten die historischen Gegebenheiten bis 2009 „weitgehend ignoriert“. Nach seinen Erkenntnissen „konstruierten sie auf laienhafter Basis ein verzerrtes Bild der historischen Wirklichkeit. Im so entstandenen Schema hatten die Erfahrungen von Zehntausenden Antragstellern keinen Platz, die Kläger wurden dadurch systematisch benachteiligt.“

Im Verfahren zur Novellierung des ZRBG müssen die Abgeordneten beraten, wie sie mit den Anträgen zur rückwirkenden Getto-Rente ab 1997 umgehen. Die Rentenversicherung bestätigt mit ihrer Stellungnahme als geladene Sachverständige die Vorbehalte ihrer Kritiker. Sie lehnt eine Änderung ab und warnt vor erheblichem Verwaltungsaufwand: „Eine zügige Auszahlung der Leistungen an die Berechtigten wäre vor diesem Hintergrund nicht gewährleistet.“

In seinem Buch „Die Nimmersatten“ geht der Medienjournalist Hans-Peter Siebenhaar mit den öffentlich-rechtlichen Sendern hart ins Gericht. Nun klagt ZDF-Moderator Markus Lanz gegen die Veröffentlichung lukrativer Vereinbarungen mit dem ZDF. Ein Beweis für Siebenhaars These mangelnder Transparenz bei der Verwendung der Gebührgelder? Ulrich Clauß sprach mit dem Autor.

DIE WELT: Markus Heidemanns und Markus Lanz lassen als Gesellschafter der Produktionsfirma Mhoch2 die Auslieferung Ihres Buches stoppen. Warum?

HANS-PETER SIEBENHAAR: Derzeit wird auf Seite 77 ein Satz zu den Produktionen von Mhoch2 für das ZDF geschwärzt. Denn die Firma von Heidemanns und Lanz produziert in Zusammenarbeit mit Fernsehmacher nur das Talkformat „Markus Lanz“ für die Mainzer Anstalt und ist an der Produktion von „Wetten, dass...?“ redaktionell beteiligt. Die ZDF-Kochsendungen „Die Küchenschlacht“, „Die Topfgeldjäger“, „Laffer! Lichter! Lecker!“ werden von der Produktionsfirma Fernsehmacher hergestellt, die Markus Heidemanns alleine gehört und an der Markus Lanz nicht beteiligt ist. „Die Nimmersatten“ werden mit der geschwärzten Stelle voraussichtlich wieder ab Mitte dieser Woche erhältlich sein. Den Titel will der Verlag mit dem Aufkleber „Erste, teilweise geschwärzte Ausgabe“ versehen.

Um was geht es Ihnen?

Die Moderatoren von ARD und ZDF wie Günther Jauch oder Markus Lanz sind Großverdiener im öffentlich-rechtlichen System. Sie verdienen doppelt – als Moderator und Produzent. Der angesehene SPD-Politiker Henning Scherf kritisierte, dass Jauch im Ersten ein Vielfaches dessen einstreicht, was die Bundeskanzlerin verdient. Warum dürfen die Bürger nicht erfahren, wie viel Geld beispielsweise Günther Jauch und Markus Lanz von ARD und ZDF einnehmen?

Sie kritisieren Verschwendung der Gebühren, Erfolglosigkeit der Programme und politische Höflichkeit der Sender gegenüber den Parteien. Welche Gründe sehen Sie dafür?

ARD/ZDF und die Parteien leben in einer Symbiose. Die Anstalten sichern sich ihre Expansion durch die Politik. Und für die Politik sind die Anstalten die letzten großen Bühnen zur Selbstdarstellung. Dieses Geben und Nehmen ist die Grundursache. Die Kosten dieser Fehlentwicklung trägt ab nächstem Jahr jeder Haushalt in Deutschland. Er muss zahlen, ganz egal, ob er die Angebote im Fernsehen, Radio oder Internet braucht.

Warum wurde das so lange geduldet?

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind die Beiträge über Jahrzehnte nur gestiegen. Es gab noch nie eine Senkung der GEZ-Gebühr, ja nicht einmal eine ernsthafte Diskussion darüber. So haben die Anstalten im Gegensatz zu Unternehmen verlernt, tiefgreifende Sparanstrengungen zu unternehmen. Im Gegenteil, mit den Gebührgeldern wird leichtfertig umgegangen. Beispielsweise bezog die WDR-Intendantin Monika Piel im vergangenen Jahr ein erfolgsunabhängiges Gehalt von 319.500 Euro, zusätzlich des zu versteuernden geldwerten Vorteils für den Dienstwagen von 22.000 Euro. Damit verdient sie sehr viel mehr als Bundeskanzlerin oder Bundespräsident. Allein der Barwert von Piel's Pensionsverpflichtungen lag 2011 bei knapp über drei Millionen Euro.

Sie schreiben von einem „Generationenabriss“ bei den Fernsehzuschauern. Was geht da vor?

Das Durchschnittsalter im Ersten, im Zweiten und auch in allen dritten Pro-



Markus Lanz am Samstag beim Start in die Show „Wetten, dass...?“ in Freiburg

„Parteipolitiker haben in den Gremien nichts zu suchen“

Medienautor Hans-Peter Siebenhaar rechnet mit ARD und ZDF ab – auch die Moderatoren hat er im Visier

grammen der ARD liegt über 60 Jahre. Seit Langem haben ARD und ZDF versäumt, mit Programminnovationen für jüngere Zielgruppen attraktiv zu werden. Diese Überalterung der Zuschauerschaft ist für die Anstalten gefährlich. Denn sie laufen in eine Legitimationsfalle, wenn ab nächstem Jahr mit Ausnahme von Taubstummen alle Haushalte von der GEZ zur Kasse gebeten werden.

Die weitaus meisten Mitarbeiter der Öffentlich-Rechtlichen sind doch sicher bemüht, ihr Bestes geben. Warum reicht das nicht?

ARD und ZDF gehören zur DNA der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Es gibt in den Reihen der Sender selbstverständlich sehr viele Mitarbeiter, die versuchen, den Rundfunkauftrag sehr ernst zu nehmen. Doch leider haben die Intendanten über viele Jahre bürokratische Strukturen geschaffen, die Ideen, Innovation und Effizienz behindern oder gar verhindern. Die Parteien haben über ihre Rundfunk- und Fernsehrechte Einfluss auf die Besetzung von Führungspositionen. Deshalb schaffen es nicht immer nur die Besten aufzusteigen.

Unser weltweit einzigartiges öffentlich-rechtliches Rundfunksystem erklärt sich nur historisch aus der Absicht der Alliierten, eine Instanz der politischen Umerziehung nach dem Dritten Reich zu installieren. Wie erklären Sie den Abstieg der Anstalten?

Das war ein jahrzehntelanger Prozess. Schon vor 54 Jahren wollte der erste NWDR-Generaldirektor Hugh Carleton Greene den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor dem Zangengriff der Parteien retten und forderte, den gesunden Menschenverstand einzusetzen. Leider ist der gesunde Menschenverstand auf der Strecke geblieben, sonst würden wir uns ein solch opulentes Rundfunksystem nicht leisten, bei dem digitale Sender wie Eins Festival, Tagesschau 24, ZDF Kultur, ZDF Info quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit sind. Unreformierbar halte ich übrigens den Medienkoloss nicht, sonst hätte ich die „Nimmersatten“ nicht geschrieben. Denn das Buch soll ein Anstoß zu einem grundlegenden Umbau sein.

Welche Marksteine gab es in der rund 60-jährigen Geschichte der Öffentlich-Rechtlichen in Deutschland, an denen eine Wende zum Besseren möglich gewesen wäre?

Ein Markstein war zweifellos die deutsche Wiedervereinigung. Die Ausdehnung von ARD und ZDF nach Ost-

deutschland wäre eine gute Gelegenheit gewesen, beispielsweise die Zusammenlegung des Saarländischen Rundfunks mit dem SWR oder Radio Bremen mit dem NDR anzugehen oder über eine Fusion von ARD und ZDF zu diskutieren. Leider wurde diese medienpolitische Chance vergeben.

Warum hat beispielsweise die Einführung des „dualen Systems“, also die Flankierung der öffentlich-rechtlichen Angebote mit privaten Radio- und Fernsehprogrammen in den 80er-Jahren, zu keiner Korrektur beim öffentlich-rechtlichen System in Deutschland geführt?

Ganz im Gegenteil, die Einführung von privatem Fernsehen und Hörfunk hat zu einer ungeahnten Expansion geführt. Seit den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden immer neue Sender gegründet mit der Begründung, der privaten Konkurrenz die Stirn bieten zu müssen. Leider haben ARD und ZDF seit dieser Zeit nur noch auf die Quote geguckt, obwohl ihnen die Marktführerschaft schon lange abgenommen wurde. Die inhaltliche Qualität bleibt somit auf der Strecke. Manche Programme bei ARD und ZDF wirken heute wie der Abklatsch des Originals im Privatfernsehen.

Sie sagen, die Parteien müssten „rundfunkpolitisch enteignet werden“. Wie meinen Sie das?

Für mich bedeutet eine rundfunkpolitische Enteignung der Parteien ganz einfach: Parteipolitiker haben in den Aufsichtsgremien von ARD und ZDF nichts zu suchen. Sie haben in den vergangenen Jahren versagt. In den Gremien wurde kein einziger Fall von Korruption oder Vetternwirtschaft wie beim Kinderkanal, MDR oder NDR aufgedeckt. Was wir brauchen, ist mehr Bürgerbeteiligung. Deshalb schlage ich in meinem Buch vor, doch die Aufsichtsgremien direkt vom Gebührenzahler wählen zu lassen und einen Ombudsmann mit weitreichenden Rechten einzuführen. Das wäre die demokratischere Lösung

Ist dieser Wildwuchs nicht auch eine Folge des deutschen Föderalismus?

Natürlich hat der Wildwuchs sehr viel mit dem Föderalismus zu tun. Jeder Landesfürst betrachtet seine Rundfunkanstalt quasi als medienpolitisches Eigentum. In Bayern schaffen es sogar Pressesprecher des Ministerpräsidenten auf Intendantensessel. In einer Zeit, in der angesichts einer tiefen Wirtschaftskrise viele alte Zöpfe abgeschnitten werden, ist es dringend an der Zeit, auch den medialen Föderalismus auf den Prüfstand zu stellen.

Welche realistischen Schritte können Sie sich zur Reform von ARD und ZDF vorstellen? Oder muss das System erst vollständig kollabieren, bevor sich überhaupt etwas ändert?

Zur Senkung der Rundfunkgebühr von 17,98 Euro sind viele kleinere Schritte möglich, beispielsweise die Auflösung der GEZ in Köln, ein Stopp der Finanzierung der Landesmedienanstalten über die Rundfunkgebühr, der Verkauf der Produktionstochter Bavaria Film und Studio Hamburg oder die Einstellung erfolgloser Digitalkanäle. Dadurch könnten viele Hundert Millionen

Euro eingespart werden. Eine Umstellung auf eine freiwillige Abgabe nach dem Modell der Kirchensteuer ist natürlich ein langfristiges Ziel. Dafür ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig.



ZUR PERSON

Hans-Peter Siebenhaar, Jahrgang 1962, ist Politikwissenschaftler, promovierte zur europäischen Medienpolitik und ist der Medien-Experte des „Handelsblatts“. 2006 gründete er den Medien-Podcast „Bel Etage“, 2007 den Weblog „Mediawatcher“.

Bei Staatsanleihen ist mir die Rendite zu niedrig. Wohin mit meinem Geld?

Jetzt richtig investieren – z.B. mit dem DWS Covered Bond Fund.

» www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

Deutsche Bank Gruppe

* Die DWS/DB-Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende September 2012. Die Verkaufsprospekte mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenfrei bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Gesamtkostenquote p.a. (Stand 30.09.2012): 0,69% zzgl. 0,030% erfolgsbez. Vergütung aus Wertpapierleihe-Erträgen.